

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg  
Dieter Albrecht, Andreas Beichler, Lisa Maack, Ruth Wenzel  
Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg, ☎ 0511/46 68 63

Herrn  
Bürgermeister  
Wolfgang Walther  
Rathaus  
Hansastraße 38

Ø Herrn Dieter Schur  
Herrn Manfred Bohr  
Herrn Dieter Herbst

30952 Ronnenberg

Ronnenberg, 09.04.2007

## **Resolution an die Niedersächsische Landesregierung**

In die Sitzung der Ratsversammlung am 30.05.2007

### **Forderung von Ausgleichszahlungen für die gekürzten Regionalisierungsmittel**

In den Jahren 2007–2010 wird das Land Niedersachsen ca. 2,4 Mrd. € zusätzliche Mehrwertsteuermittel einnehmen.

Im Gegenzug dazu beschloss Bundestag und Bundesrat im Rahmen eines Haushaltbegleitgesetzes die Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Der Region Hannover als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde vom Land Niedersachsen mitgeteilt, dass diese Kürzung, die von 2006-2010 ca. 38 Mio. € ausmachen wird, vom Land **nicht ausgeglichen** wird.

Während andere Bundesländer für die fehlenden Regionalisierungsmittel mindestens anteilig andere Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, reicht das Land Niedersachsen die Kürzungen ohne Ausgleich an den Träger des ÖPNV und SPNV weiter.

Die Stadt Ronnenberg protestiert gegen das Vorgehen des Landes.

**Die Landesregierung wird aufgefordert** durch Umschichtungen und effizienteren Mitteleinsatz den nötigen Finanzspielraum zu schaffen, um die negativen Folgen im ÖPNV zu verhindern. Dazu gehört u. a., dass eine Ausdünnung der Takte unweigerlich zu einem weiteren drastischen Rückgang der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln hin zu noch mehr Fahrten mit PKWs führt, und dass damit die von Menschen verursachten Klimaveränderungen in ihrem Ergebnis verstärkt werden. Klimaschutz im Verkehrsbereich heißt aber, ein gutes Angebot mit öffentlichen Verkehrsmitteln vorzuhalten.

Nach dem Bundesratskompromiss vom Sommer 2006 wurde den Ländern - u. a. wegen des Fortfalls der Nahverkehrszuschüsse – eine höhere Beteiligung an den Mehrwertsteuern ab dem 1. Januar 2007 zugesagt. Das Land Niedersachsen wird jährlich

ca. 600 Mio. € zusätzlicher Mittel vom Bund erhalten.

Es können also ausreichend Mittel für den ÖPNV und SPNV zur Verfügung gestellt werden.

**Die Landesregierung wird aufgefordert,** Verantwortung für die Sicherung einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen zu übernehmen, die für die wirtschaftliche und sozial-strukturelle Entwicklung der Regionen von erheblicher Bedeutung ist.

Die Kürzung der Mittel für ÖPNV und SPNV hat einen erheblichen Angebotsabbau, Streckenstilllegungen, Arbeitsstellenverluste und unverträgliche Preiserhöhungen zur Folge, die auch das Wirtschaftsgefüge und die Lebensverhältnisse in der Stadt Ronnenberg beeinträchtigen.

Dies gilt es abzuwenden.

Ruth Wenzel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN